

Ein Thema, das keinen Aufschub duldet

Herausforderung Die Gesellschaft wird immer älter, die Zahl pflegebedürftiger Menschen steigt. Das zieht unweigerlich Fragen nach der künftigen Finanzierung der Alterspflege nach sich – die vom Landtag im Rahmen der «Aktuellen Stunde» andiskutiert wurden.

Oliver Beck
obeck@medienhaus.li

Die Studie «Finanzierung der Alterspflege» der Stiftung Zukunft.li lässt keine Zweifel offen: Der demografische Wandel lässt unsere Gesellschaft schnurstracks auf einen extremen Anstieg der Pflegebedürftigkeit zusteuern. Die wachsenden Kosten für Pflege und Betreuung zu finanzieren sowie die Verfügbarkeit genügend grosser personeller Ressourcen sicherzustellen, geraten so zu riesigen Herausforderungen, über deren Bewältigung es sich dringlichst Gedanken zu machen gilt.

Diesen Ball nahm die Landtagsfraktion der Freien Liste bereitwillig auf und beschloss, die Thematik im Rahmen der «Aktuellen Stunde» der Oktober-Session im Plenum zu erörtern. Natürlich nicht, um in 60 Minuten eine Lösung zu finden, wie der stellvertretende FL-Abgeordnete Wolfgang Marxer in seinem einführenden Votum betonte. Aber zumindest verbunden mit der Hoffnung, ein Austausch könnte in die Erarbeitung eines überparteilichen Vorstosses zuhanden der Regierung münden.

Dass die Politik sich der Frage nach dem künftigen Liechtensteiner Weg in Sachen Alterspflege annehmen muss, war gestern unbestritten. «Das Prinzip Hoff-

nung wird nicht funktionieren. Die Alterspflege wird eine enorme Herausforderung werden – wirtschaftlich und gesellschaftlich», strich der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser mit Verweis auf die Studie von Zukunft.li heraus. Eine Herausforderung, die es jetzt anzugehen gilt, wie Harry Quaderer (DU) anmahnte: «Die demografische Uhr steht bei fünf vor zwölf.»

Eigenverantwortung versus Solidarität

Einigkeit herrschte auch in der Einschätzung, dass das blosses Festhalten an der jetzigen Praxis nicht als Lösung taugt. Das bislang bewährte Drei-Säulen-System zur sozialen Absicherung im Alter stosse durch den demografischen Wandel an seine Grenzen, so der FL-Abgeordnete Georg Kaufmann. Auch Christoph Wenaweser hielt fest, dass ein «weiter wie bisher» keine Option sein dürfe. In Analogie zum FBP-Abgeordneten Johannes Hasler, der von einer zu wahrenen «Generationengerechtigkeit» sprach, begründete er seine ablehnende Haltung mit dem Blick auf die Nachkommenschaft: «Bereits unsere Kinder und Enkel, aber selbst die Jüngeren unter uns hier würden einen nahezu unbezahlbaren Preis zu zahlen haben.»

Doch wie könnte eine Finanzierung der Alterspflege durch die



Christoph Wenaweser (VU) ist sich sicher: «Das Prinzip Hoffnung wird nicht funktionieren.» Bild: Daniel Schwendener

bisherigen Geldgeber öffentliche Hand, Krankenkassen und Klienten künftig aussehen, wenn eine Entlastung nachfolgender Generationen angestrebt wird und eine Verringerung der Pflegequalität, wie gestern mehrfach betont, nicht zur Debatte steht? Die Stiftung Zukunft.li bringt in ihrer Studie als mögliche Antwort eine

vierte Säule in Form eines individuellen Pflegekapitals ins Spiel. Dabei wird ab einem bestimmten Alter jeder verpflichtet, bis zum Eintritt des Betreuungs- oder Pflegebedarfes monatlich eine Prämie auf ein Konto einzuzahlen, das später zur Deckung von Pflege- und Betreuungskosten verwendet wird. Geld, das übrig bleibt, kann vererbt werden, reichen das Pflegekapital und weitere private Mit-

tel dagegen nicht aus, kommen andere Finanzierungsmechanismen – und damit auch wieder der Solidaritätsgedanke – zum Tragen.

Das Volk muss es auch wollen

Die Rezeption dieses Vorschlags fiel gestern zwiespalten aus. Einerseits wurde ein Mehr an Eigenverantwortung als positiv empfunden. Zugleich wurden aber Bedenken laut, die teilweise auch schon von den Autoren der Studie angesprochen worden waren – zuvorderst die mitunter hohe finanzielle Belastung von Einzelpersonen. «Viele Menschen können sich ein solches «Kässeli» nicht leisten», betonten etwa Thomas Lagerer (FL) und Fraktionskollege Georg Kaufmann unisono.

Harry Quaderer stellte unter anderem die politische Realisierbarkeit infrage, indem er darauf hinwies, dass das Volk eine solche Variante auch wollen müsste. Ein Zweifel, den er nicht nur mit dem FBP-Abgeordneten Wendelin Lampert, sondern ebenso mit Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini teilte. Der von der Stiftung Zukunft.li vorgeschlagene Mechanismus sei zwar geeignet, um die Finanzierungsquellen des heutigen Umlageverfahrens zu ergänzen, meinte letzterer. «Meines Erachtens ist es politisch aber nicht mehrheitsfähig, eine neue

Form des Zwangssparen einzuführen.»

Stattdessen schlug der Minister vor, bei Rentenanstritt einen Teil des Altersguthabens aus der Pensionskasse auszuschneiden und im Sinne des Vorschlags von Zukunft.li zu verwenden. Auch Georg Kaufmann und Thomas Lagerer setzten bei der beruflichen Vorsorge an. Ersterer regte an, über eine Förderung von Teilzeitarbeit zu erreichen, dass «alle Menschen über eine zweite Säule verfügen». Lagerer schlug eine schrittweise Anhebung der Arbeitnehmer- und -geberbeiträge auf das Schweizer Niveau (total 12,5 Prozent) vor. «Hier besteht dringender Handlungsbedarf.»

Postulat ist bereits auf dem Weg

Ein Satz, wie er im Verlauf der aktuellen Stunde immer wieder fiel. Und so wird sich auch die von Wolfgang Marxer eingangs artikuliert Idee eines überparteilichen Vorstosses tatsächlich realisieren – wenn auch nicht ganz so, wie es der FL vorgeschwebt haben dürfte. Wie Christoph Wenaweser sagte, haben die Koalitionsparteien bereits ein gemeinsames Postulat zur Thematik Alterspflege erarbeitet, das in Kürze eingereicht werden soll. Die beiden anderen Landtagsfraktionen seien herzlich eingeladen, es ebenfalls zu unterzeichnen.

Kostenbefreiung bei Mutterschaft: Postulat statt Motion

Umformuliert Das Anliegen der Unabhängigen, werdende Mütter von der Kostenbeteiligung im Krankheitsfall zu befreien, hat es mit einer Umwandlung von einer Motion in ein Postulat doch noch zur Regierung geschafft. Zwei Abgeordnete stimmten gegen das Postulat.

Mütter sollen von der 13. Schwangerschaftswoche bis 10 Wochen nach der Niederkunft keine Selbstbeteiligung bezahlen müssen. «Damit sollen junge Familien vor nicht vorhersehbaren Kosten geschützt werden», führte Herbert Elkuch (DU) aus. Das sei als Familienförderung gedacht.

Kritik der anderen Parteien

Die «an sich löbliche Idee» (Wendelin Lampert) wurde in der Folge von diversen Abgeordneten zerpfückt. Günter Vogt (VU) sah nicht ein, warum die Leistungen über jene in der Schweiz hinausgehen sollten und warnte vor den finanziellen Konsequenzen für die Krankenkassenprämien aller Versicherten. «Wir entlasten die

Familien bereits nachhaltiger als die Schweiz.» Ausserdem verwies er darauf, dass ein entsprechender Zusatzantrag bereits bei der KVG-Revision abgelehnt wurde. Der Freien Liste ergründete sich nicht, warum ausgerechnet Mütter von der Kostenbeteiligung befreit werden sollten. «Alleinerziehende leisten auch einen wichtigen Beitrag, sind aber auch nicht von der Kostenbeteiligung befreit», meinte Wolfgang Marxer. «Kinder zu haben, entwickelt sich langsam zu einem Privileg der Reichen», bemühte Thomas Lagerer Feststellungen, wonach von einer solchen Regelung «nach dem Giesskannenprinzip» vor allem reiche Mütter profitieren würden. «Das verursacht sicher keinen riesigen Kostenschub, aber



Herbert Elkuch und Harry Quaderer retteten ihre Motion, indem sie in ein Postulat umformulierten. Bild: Daniel Schwendener

die Prämienzahler haben sicher keine Freude», begründete Wendelin Lampert seine Ablehnung der Motion.

Dass die Belastungen für das Versicherungskollektiv, wie Herbert Elkuch in seinem Eingangsvotum erwähnte «verschwindend klein» ausfallen werden, brachten auch die Erläuterungen von Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zum Vorschein. Demnach würden die Mehrkosten – würden alle (werdenden) Mütter während dieser Zeit krank werden – 529 000 Franken betragen.

Breite Ablehnung führt zu Postulat

Nach der breiten Ablehnung der Motion entschied sich die Fraktion der Unabhängigen, aus der Mo-

tion ein Postulat zu machen: «Die Regierung wird eingeladen, zu prüfen, welche Auswirkungen die Kostenbefreiung der werdenden Mutter ab der 13. Schwangerschaftswoche während der Niederkunft und bis zehn Wochen nach der Niederkunft für allgemeine medizinische Leistungen auf die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung hat.» Diese Formulierung fand dann mit 22 Stimmen bei 24 Anwesenden eine klare Mehrheit. Einzig Wolfgang Marxer von der Freien Liste und Eugen Nägele von der FBP stimmten gegen die Überweisung des Postulats an die Regierung.

Michael Winkler
mwinkler@medienhaus.li



Eigenständig sein, statt RTL2 schauen

«Mit der Sozialhilfe wird den Menschen nicht geholfen, dadurch sitzen sie Zuhause und schauen RTL2», sagte der FL-Abgeordnete Thomas Lagerer bei der Postulats-Debatte zum Invalidengesetz.



In die Kirche gehen: nicht nur, um zu beten

«Ein Gang in die Kirche kann nützlich sein. Nicht nur, um zu beten, sondern um sich ein Stimmungsbild abzuholen», verrät Peter Frick (VU) seine Techniken zu Meinungsumfragen.



Stimmt er zu, stimmt er nicht zu?

«Selbstverständlich soll Schaanwald ein Dorfzentrum erhalten», erklärt Wolfgang Marxer (FL), nachdem er die Motion zur Zentrumsgestaltung in Schaanwald vollkommen zerpfückte.



Keine Debatte über das Verkehrsproblem?

«Ich möchte jetzt keine Diskussion über das Verkehrsproblem Unterland anzetteln», meinte Alexander Batliner nach einer fast zweistündigen Debatte über das Verkehrsproblem Unterland.



Schaaner Glücksgefühle auch für Schaanwald

«In Schaan herrschen Glücksgefühle. Und genau diese Glücksgefühle möchte ich auch den Schaanwäldern gönnen», lobt Landtagspräsident Albert Frick sein Heimatdorf.



Einzelne Häuser umfahren

«Das Unterländer Verkehrsproblem kann nicht mit einzelnen Umfahrungen von Gebäuden gelöst werden», erklärt der DU-Abgeordnete Erich Hasler seine Ablehnung gegenüber der FBP-Motion.